

Vergabe von Parzellen im Baugebiet

Wiesent. (std) Die Bauparzelle 4 im Baugebiet Wiesent-Mitte geht an die Firma Aumer GbR aus dem Gewerbepark Wörth-Wiesent; sie wird dort ein Mehrfamilienhaus errichten. Der Vergabe hat der Gemeinderat am Dienstagabend einhellig zugestimmt. Insgesamt waren im Zuge der Ausschreibung fünf Konzepte eingegangen, die das Ratsgremium anonymisiert bewertet hat. Die Entscheidung für das Konzept der Aumer GbR fiel „klar und absolut eindeutig“ aus, sagte Geschäftsleiter Klaus Eschbach. Für die andere Parzelle, auf der sozial geförderter Wohnraum entstehen soll, hatte bereits in der letzten Sitzung im nicht-öffentlichen Teil ebenfalls die Aumer GbR den Zuschlag erhalten.

Die H+P Wohnbau GmbH Passau hatte einen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt: Sie will das Äußere eines geplanten Mehrfamilienhauses mit sechs Einheiten in der Frauenzeller Straße abändern; der Gemeinderat gab grünes Licht.

Zu befassen hatte sich das Gremium mit der Bauvoranfrage von Johannes Rösch, der im Baugebiet Wiesent-Mitte ein Mehrfamilienhaus mit sechs Wohneinheiten errichten will. Die Bauvoranfrage beinhaltet zwei Abweichungen vom Bebauungsplan.

Zum einen würde die Firsthöhe zwölf statt der erlaubten zehn Meter betragen. Das Gebäude würde laut Bürgermeisterin Elisabeth Kerscher aber so im Gelände platziert, dass es insgesamt sogar noch unter den gestatteten zehn Metern läge. Der Gemeinderat gab seinen Segen.

Zum anderen hatte der Vorhabensträger den Antrag gestellt, statt der vorgeschriebenen zwölf nur zehn Stellplätze zu realisieren, da es sich teilweise um Singlewohnungen handle. Der Gemeinderat folgte ohne Gegenstimme der Empfehlung des Bauausschusses, diese Abweichung abzulehnen. Begründung: Für alle anderen gelte die Vorgabe, dass zwei Stellplätze pro Wohneinheit Pflicht sind, eine Ausnahme sei nicht zu rechtfertigen.

In Bezug auf die Jahresrechnung 2018 sprach die Bürgermeisterin von einem „hervorragenden Ergebnis“ und „einer Punktlandung“. Alles sei im Prinzip so ausgefallen, „wie wir es im Haushalt geplant hatten“. Es habe zwar Mehrausgaben gegeben, aber eben auch Mehreinnahmen. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt sei so hoch wie nie zuvor in der Geschichte. Ferner ließ Kerscher verlauten, dass es für den 400 000-Euro-Kredit fürs Kinderhaus einen Tilgungszuschuss von 70 000 Euro gebe, weil ein hoher Energiestandard erreicht werde.

Gemeinde erneuert das klare Nein zum Steinbruch

In einer zwölfseitigen Stellungnahme sind Argumente für den Erhalt des Thiergartens aneinandergereiht

Wiesent. (std) In der Sitzung am Dienstag hat der Gemeinderat ohne Gegenstimme eine zwölf Seiten umfassende Stellungnahme absegnen, die Argumente gegen einen Steinbruch im Thiergarten auflistet.

Adressiert ist dieses Schreiben an die zuständige Genehmigungsbehörde, das Landratsamt. Formuliert hat es die Verwaltung. „Weil uns die Abgabefrist im Nacken saß“, war die eigentlich ja unübliche Sitzung im August überhaupt nötig geworden, erklärte Kerscher, die das Positionspapier kurz vorstellte.

Die darin aufgeführten Argumente sind hinlänglich bekannt (wir berichteten). „Inbesondere in puncto Trinkwasserversorgung und Trinkwassersicherheit ist der Betrieb eines Steinbruchs in diesem Bereich nicht genehmigungsfähig“, heißt es in der Stellungnahme. Das Einzugsgebiet der Quellen umfasse genau auch jenes bewaldete Areal, in dem der Bauunternehmer Robert Fahrner Granit abzubauen gedenkt. Mit einer Genehmigung, so der Standpunkt der Gemeinde, würden „Fakten geschaffen“. Zu befürchten ste-

Beschluss des Gemeinderats: Zusätzliche Sirene kommt in die alte Frauenzeller Straße

Wiesent. (std) Die seit Wochen köchelnde Sirenen-Debatte ist beendet: In seiner Sitzung am Dienstag hat der Gemeinderat einstimmig dafür votiert, eine zusätzliche Sirene zu beschaffen und sie in der alten Frauenzeller Straße zu installieren.

Bürgermeisterin Elisabeth Kerscher fasste das Geschehen noch einmal zusammen. Am 19. Februar hatte die Feuerwehr den Antrag gestellt, im Gemeindegebiet eine weitere Sirene zu etablieren. Begründung: Gerade im Norden der Gemeinde reiche die Beschallung nicht aus, eine verlässliche Hörbarkeit sei nicht gewährleistet (wir berichteten).

Die Gemeinde veranlasste daher eine Sirenen-Probe, die im Juli über die Bühne ging und Kerscher zufolge drei Erkenntnisse brachte.

Erstens: Die Sirene auf der Schule lässt sich nicht so ausbauen, dass sie alle Areale der Gemeinde in ausreichendem Maße erfasst. Zweitens: Eine weitere Sirene auf dem Galgenberg würde diesen Zweck erfüllen und die vorhandenen Defizite abdecken. Drittens: Die alte Frauenzeller Straße wäre gleichfalls ein geeigneter Standort. Eine zusätzliche Sirene auf dem Hermannsberg sei von vorneherein ausgeschlossen, weil der Gemeinde dort kein Grund gehört, fügte Kerscher an.

Aus der Sirenen-Probe Ende Juli destillierte die Bürgermeisterin am Dienstag folgendes Fazit: „Wir benötigen die dritte Sirene. Sowohl der Galgenberg als auch die alte Frauenzeller Straße würden sich eignen, das würde passen. Wobei die alte Frauenzeller Straße mit Blick auf die Zukunft die bessere Lösung ist.“

Falls sich nämlich Wiesent in nördliche Richtung weiter ausdehne, seien mögliche künftige Häuser gleich mit abgedeckt, erläuterte Kerscher. Das hätten die Messungen klar ergeben. „Mit der alten Frauenzeller Straße“, so das Gemeindeoberhaupt, „sind wir besser aufgestellt.“

„Man muss jeden Aktiven Tag und Nacht erreichen“

Geschäftsleiter Klaus Eschbach beleuchtete die technischen Details: Installieren würde die Gemeinde eine moderne, elektronische Sirene, und zwar auf einem Grundstück, das ihr gehört. Es liegt laut Eschbach ungefähr 50 Meter vom Anwesen Griesbeck entfernt, oberhalb des Ortes. Die Hörner würden so ausgerichtet, dass sie nördliche Bereiche und die Petersberger Straße erreichen. Verglichen mit dem Galgenberg sei der



Die Gemeinde wird in der alten Frauenzeller Straße eine elektronische Sirene installieren, die alle nördlichen Bereiche abdeckt. Symbolfoto: Rolf Vennenbernd

Standort Frauenzeller Straße minimal teurer, sagte Eschbach, weil es dort oben keine Stromversorgung gebe und folglich ein Solarpanel anzubringen sei.

Herbert Hanwalter gab folgenden Kommentar ab: „Wie wichtig es ist, dass die Feuerwehr auch tief in der Nacht kommt, habe ich am Wochenende selbst erlebt. Man muss jeden Aktiven Tag und Nacht erreichen, die müssen das alle hören. Für mich

ist die Einschätzung der Feuerwehr wichtig und wir als Gemeinde sollten dann voll dahinter stehen.“

Günther Lex kam auf den Protest der Anwohner vom Galgenberg gegen eine Sirene in ihrem direkten Umfeld zu sprechen: „Man muss den anderen Bürgern, die schon immer direkt neben einer Sirene wohnen, schon erklären, wie das jetzt geht. Da gehen 100 Leute auf die Barrikaden und schon geht man mit der

Sirene weit weg von ihnen und stellt sie außerhalb der Ortschaft auf.“

Alois Giehl verwies auf die Analysen: „Das ist ja lange untersucht worden, es gibt messbare Ergebnisse, die klar zeigen, dass die Frauenzeller Straße der bessere Standort ist. Das ist also keine Gefühlsentscheidung, sie basiert auf Fakten.“

Eduard Ebenbeck übte Kritik am Protest gegen die Sirene: „Jeder ist froh, wenn Hilfe kommt. Wir wohnen in der Nähe der Schule, wir haben auch kleine Kinder gehabt. Das Argument der Lärmbelastigung lasse ich nicht gelten.“ Allzu oft werde heute Folgendes gefordert: „Wascht mich, aber macht mich nicht nass.“ Vor den Helfern könne man nur den Hut ziehen.

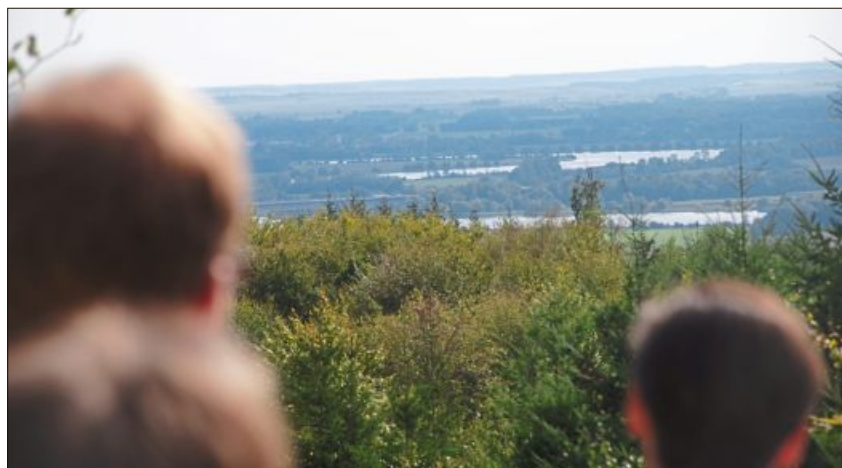
Im Jahr 2018 gab es sechs nächtliche Alarmierungen

Josef Zimmerer sagte: „Ich bin selbst aktiver Feuerwehrler. Jeder Einzelne ist wichtig. Wer damit argumentiert, dass seine Kinder aufgrund der Sirene nicht schlafen können, sollte vielleicht mal an eines denken: Nach dem, was wir und vor allem die Wörther Kameraden am vergangenen Donnerstag auf der Autobahn erlebt haben, konnten einige Einsatzkräfte auch nicht mehr schlafen.“

Klaus Wiedemann wollte wissen, wie oft eine nächtliche Alarmierung pro Jahr überhaupt vorkommt. Kerschers Antwort: Im gesamten Jahr 2018 schrillte die Sirene zwischen 22 und 6 Uhr sechsmal.

Im Anschluss an die Abstimmung formulierte die Bürgermeisterin ein verschlüssliches Schlusswort: „Was die Feuerwehren alleine in dieser Woche wieder geleistet haben, ist der Wahnsinn. Ich muss aber schon klarstellen, dass im Zuge der Debatte die Arbeit der Feuerwehr an sich niemals kritisiert oder negativ dargestellt wurde, alle haben höchsten Respekt bekundet.“

Nichtsdestoweniger sei sie vom Ausmaß der Kontroverse dann doch überrascht gewesen, bekannte die Gemeindechefin: „Mir hat es fast leid getan, dass es so eine Riesendiskussion geworden ist, die unsere Gemeinde derart intensiv beschäftigt hat. Egal, wo man hinkam, es gab ja fast kein anderes Thema mehr.“ Nun sei es an der Zeit für einen Schlussstrich, befand Kerscher: „Das war jetzt eine demokratische Entscheidung und damit muss es wieder gut sein.“ Für sie, so Kerscher, bedeute eine weitere Sirene „eine Erhöhung der Sicherheit“.



Die Gemeinde möchte den Thiergarten komplett bewahren. Archivfoto: Stadler

halt der Landschaft. Ein Steinbruch zerschneide das zusammenhängende Waldgebiet auf dem Rauhenberg; in Kombination mit der Stromtrasse werde der Forst „wie ein Schweizer Käse“ durchlöchert, was jede Klima- und Naturschutzdebatte unglaubwürdig mache. Außerdem befände sich der Steinbruch in einem Landschaftsschutzgebiet.

„Völlig inakzeptabel“

„Sollte der Betrieb eines Steinbruchs im Landschaftsschutzgebiet allein auf dem Verwaltungsweg genehmigt werden, ohne dass der Kreistag damit befasst wäre, wäre das ein Fußtritt für mein Demokratieverständnis“, sagte Alfred Stadler, auf dessen Vorschlag im Fazit der Stellungnahme noch ein Satz ergänzt wird: „Völlig inakzeptabel wäre ein Eingriff in dieser Größenordnung ohne Zustimmung durch den Kreistag Regensburg.“ Auf Seite 4 der Stellungnahme heißt es: „In diesem Zusammenhang möchten wir darauf verweisen, dass in Sinzing für die Errichtung einer Photovoltaik-

Freiflächenanlage, die ebenfalls in der Regel nur zeitlich begrenzt nutzbar ist, ebenfalls die Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet beschlossen wurde.“

Eduard Ebenbeck, Klaus Wiedemann und Hubert Scheck äußerten die Befürchtung, dass die abfahrenden Transportlastwagen in großem Stil Dreck „auf die Kreisstraße R42 ziehen könnten“, was etwa für Motorradfahrer brenzlich werden könne. Eine 100 Meter lange asphaltierte Straße in den Wald hinein – „Abstreifer“ genannt – reiche bei Weitem nicht aus, das sehe man zum Beispiel in Steinach. Einfach weiter in den Wald hinein zu asphaltieren, könne aber auch nicht die Lösung sein, bekräftigte Herbert Hanwalter: „Auch aus diesem Grund passt ein Steinbruch dort einfach nicht“, sagte Geschäftsleiter Klaus Eschbach, der einen entsprechenden Satz ergänzen wird.

Argumentiert wird weiterhin mit der Staub- und Lärmbelastung, mit den negativen Einflüssen auf Tourismus und Naherholung sowie mit der „zweifelhaften Materialgüte“.